

Beschluss zur verstärkten Innovationsorientierung öffentlicher Beschaffung

Im Rahmen der Hightech-Strategie strebt die Bundesregierung an, das Potenzial der öffentlichen Beschaffung mit einem Volumen von etwa 12 % des BIP stärker für die staatliche Nachfrage nach innovativen Produkten und Leistungen¹ zu erschließen. Die Möglichkeiten hierzu sind vielfältig. Dadurch kann noch wirtschaftlicher eingekauft und die Verwaltung modernisiert werden, gleichzeitig können die Marktchancen für innovative und ressourcenschonende Produkte und Leistungen verbessert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird zwischen dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung Nachstehendes vereinbart:

- Die beteiligten Bundesministerien werden künftig verstärkt Bereiche identifizieren, in denen innovative Produkte und Leistungen wirtschaftlich erworben werden können (z. B. verbrauchs- und emissionsarme Fahrzeuge, Photovoltaikanlagen, Sicherheitstechnologien). Sie schätzen in geeigneten Fällen ihren langfristigen Bedarf an innovativen Produkten und Leistungen vorausschauend ein und geben ihre Bedarfsprognose bekannt (z. B. durch ein Internetportal).
- Die beteiligten Bundesministerien und ihre Beschaffungsstellen verstärken den strategischen Dialog über die Möglichkeiten des Einsatzes innovativer Produkte und Leistungen zwischen Beschaffungsverantwortlichen, Produkt- und Leistungsanbietern sowie Nutzern in der öffentlichen Verwaltung. Darüber hinaus soll der Erfahrungsaustausch untereinander, mit den Ländern und den Kommunen sowie mit internationalen Partnern intensiviert werden.
- Die Beschaffungsverantwortlichen der beteiligten Bundesministerien berücksichtigen bei der Bewertung der Angebote die Lebenszykluskosten, um durch die langfristige Kosten-Nutzenanalyse oder ein anderes gleichwertiges Verfahren zu einer fundierten Entscheidung über den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu kommen. Zudem werden technische Risiken verstärkt systematisch behandelt (z. B. Einsatz von Risikomanagement-Systemen für größere Vorhaben).

¹ Innovationen sind neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, die erstmalig auf einem Markt, in einem Unternehmen oder in einer öffentlichen Institution eingeführt werden.

- Die Beschaffungsverantwortlichen der beteiligten Bundesministerien wenden in geeigneten Fällen die vergaberechtlichen Möglichkeiten wie die „funktionale Leistungsbeschreibung“, die „Zulassung von Nebenangeboten“ und den „wettbewerblichen Dialog“ verstärkt an, um mehr Raum für innovative Lösungen zu geben.
- Die Beschaffungsverantwortlichen der beteiligten Bundesministerien sondieren in geeigneten Fällen unabhängig von bevorstehenden Einkaufsentscheidungen den Markt und die Technikentwicklung, um die neuesten Problemlösungsmöglichkeiten frühzeitig zu erfahren.
- Die beteiligten Bundesministerien wirken auf geeignete Institutionen (z. B. BAKöV, zentrale Beschaffungsstellen) ein, damit in der Weiterbildung die vergaberechtlichen Möglichkeiten für die Beschaffung innovativer Produkte und Leistungen sowie betriebswirtschaftliche und technische Lehrinhalte mehr Gewicht erhalten. Damit soll mehr Aufgeschlossenheit und Kompetenz für Innovationen erreicht werden.
- Die beteiligten Bundesministerien verstärken die Öffentlichkeitsarbeit über innovative Produkte und Leistungen, die die öffentliche Verwaltung beschafft (z. B. Broschüren, Artikel, Veranstaltungen und Wettbewerbe wie etwa Innovationspreis „Innovation schafft Vorsprung“).
- Die beteiligten Bundesministerien überprüfen die Umsetzung dieser Vereinbarung nach circa zwei Jahren.



Johann Hahlen

Staatsekretär im Bundesministerium des Innern



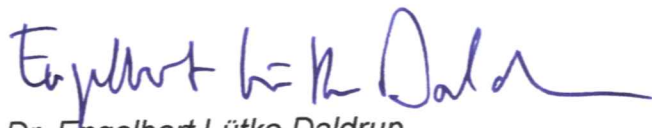
Dr. Joachim Wuermeling

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie



Dr. Peter Eickenboom

Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung



Dr. Engelbert Lütke Daldrup

Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Matthias Machnig

Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Datum: Berlin, 16. Oktober 2007